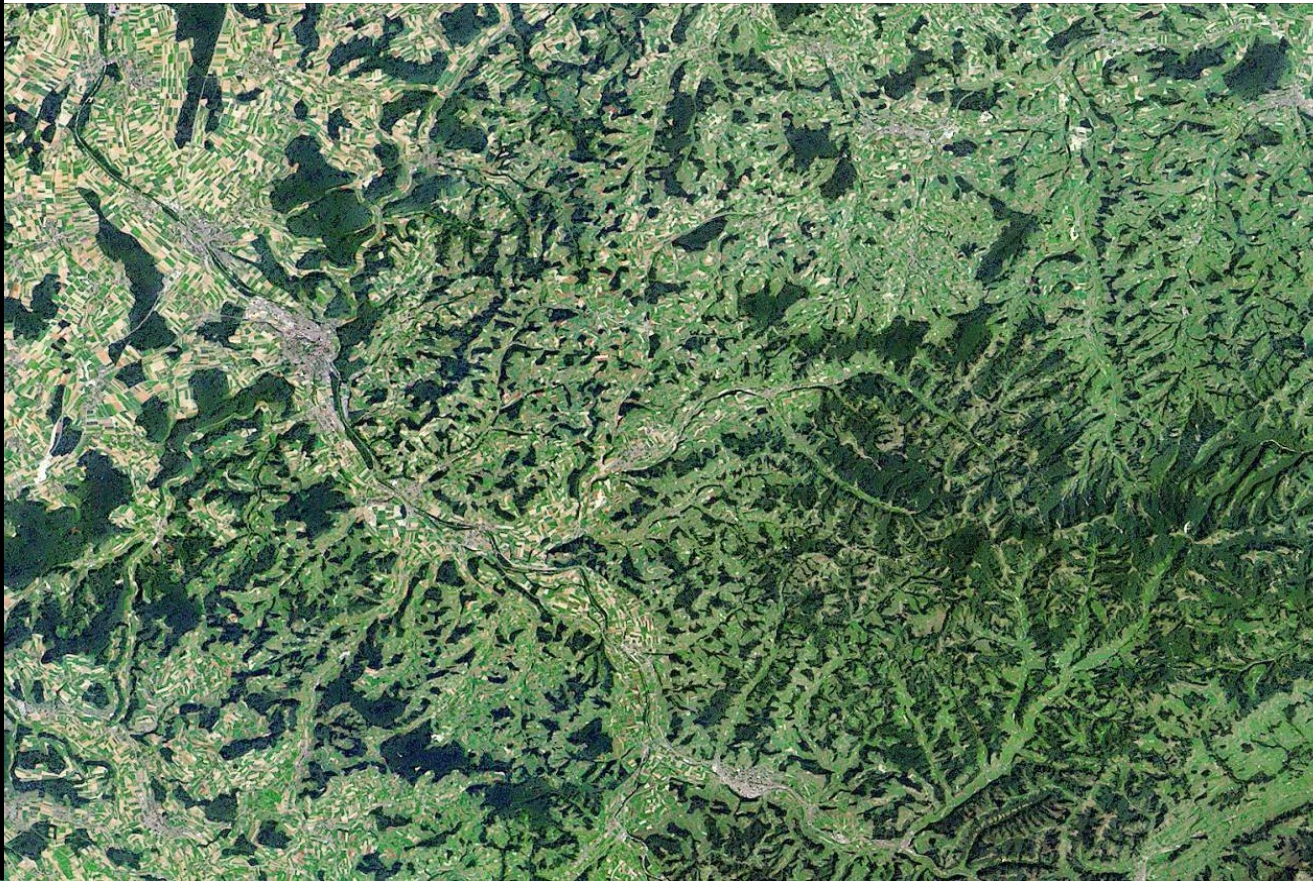


LEGISLATURPLAN



**Die Stadt
im Emmental !**

Gemeinderat

22. Juni 2009

Inhalt:

1	Einleitung.....	2
2	Rahmenbedingungen	2
2.1	Umfeld und künftige Herausforderungen	2
2.2	Legislatur „Die Stadt im Emmental“	3
2.3	Finanzielle Entwicklung.....	3
3	Leitgedanken zur Legislatur 2009 - 2012	5
	Leitgedanke 1.....	5
	Leitgedanke 2.....	5
	Leitgedanke 3.....	5
4	Übersicht Legislaturplan 2009 - 2012	6
5	Erklärungen zum Steuerungsinstrument und zum Planungsprozess	14
5.1	Legislaturplanung.....	14
5.2	Planungs- und Budgetierungsprozess	14

1 Einleitung

Vor vier Jahren präsentierte der Gemeinderat erstmals eine Legislaturplanung anstelle blosser „Legislaturziele“. Die Planung verbindet die eigentlichen Legislaturziele mit den Ressourcen, der Zeit und den „normalen“ Aufgaben gemäss den Produktgruppen. Sie stellt zudem den Bezug zu den übergeordneten, langfristigen Zielsetzungen her und ist zu einem wichtigen Bestandteil des gesamtstädtischen Führungsprozesses geworden (siehe Abschnitt 5). Jährlich legte der Gemeinderat im Geschäftsbericht darüber Rechenschaft ab, wie weit die Ziele erreicht werden konnten. Wo sich eine Anpassung der Planung aufdrängte, ergänzte er diese mit

sogenannten „Updates“. Beide Massnahmen – Reporting und Updates - trugen entscheidend dazu bei, dass die Legislaturplanung als Führungsinstrument bis zum Ende der Legislatur aktuell blieb. Sie bewährte sich als wichtiges und taugliches Führungsinstrument. Diese Verbindlichkeit und Aktualität hat es früher nicht gegeben. Mit der Legislaturplanung konnte deshalb ein wesentlicher Fortschritt für die strategische und politische Führung erzielt werden. Was zu Beginn der letzten Legislatur noch als „unausgereifter Zwischenschritt“ betrachtet worden war, hat sich in der Praxis formal und inhaltlich erstaunlich gut bewährt.

Die zweite Legislaturplanung kann deshalb formal an die erste anknüpfen und auch inhaltlich einiges weiterführen, was nach wie vor aktuell ist. Noch fehlt das neue Leitbild für die Stadt, an dem sich diese zweite Legislaturplanung hätte orientieren können. Dieses Leitbild wird aber definitiv in dieser Legislatur erstellt. Es bildet den letzten Mosaikstein für eine moderne, wirkungsorientierte politische Führung.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Umfeld und künftige Herausforderungen

In der vergangenen Legislatur war die Modernisierung der Stadtbehörden und der Verwaltung nach den Grundsätzen von NPM eines der zentralen Anliegen. Heute verfügt die Stadt Burgdorf über sehr fortschrittliche politische, strategische und operative Führungsinstrumente. Die Aufgabenerfüllung wurde transparenter, die Verwaltung effizienter und effektiver. Parlament, Exekutive und Verwaltung sind für künftige Herausforderungen gerüstet.

Wir alle stellen fest, dass sich vieles rasch verändert, ja sogar beschleunigt. Welches sind unsere langfristigen Werte? Wo wollen wir hin? Wie stellen wir das an? Tempo, Wertewandel oder auch fehlende Zielvorstellungen in der Gesellschaft fordern die Exekutiven und Verwaltungen von Gemeinden stärker als früher. In allen Bereichen unserer modernen Gesellschaft findet Wettbewerb statt. Um dabei bestehen zu können, genügen die eigene Leistungsfähigkeit und die eigenen Ressourcen oft nicht mehr. Denken, Entscheiden und Handeln müssen vielmehr in grösseren Räumen und gleichzeitig kürzeren Zeitfenstern stattfinden.

Den Denk- und Handlungsraum zu erweitern und Entscheide auf verschiedenen Ebenen zu beschleunigen werden wichtige Herausforderungen für die Stadt Burgdorf sein. Es geht darum, für die Region die Rolle als Zentrumsstadt anzunehmen und sie so zu spielen, dass die Region und die Stadt davon profitieren können. Die Stadt will in den neuen Gremien der Region und der Agglomeration aktiv mitarbeiten und Akzente für die Zukunft setzen. Auch auf kantonaler Ebene will die Stadt wahrgenommen werden.

2.2 Legislatur „Die Stadt im Emmental“

In der letzten Legislatur entschied sich die Berner Bevölkerung deutlich für eine Neuorganisation der dezentralen kantonalen Strukturen. Auf dieser Basis wurde der Verein Region Emmental mit 42 Gemeinden geschaffen. Der Verein koordiniert öffentliche Aufgaben und befasst sich mit regionalpolitischen Fragen von gesamtregionaler Bedeutung. Er wird dereinst eventuell von einer Regionalkonferenz mit Entscheidbefugnissen auf regionaler Ebene abgelöst. In der Region Emmental ist Burgdorf nicht nur be-

völkerungsmässig das grösste Vereinsmitglied. Burgdorf trägt als Zentrumsstadt im Emmental auch eine besondere Verantwortung für die Region. Die neue Legislaturplanung verdeutlicht, dass sich Burgdorf dieser Verantwortung stellen will.

2.3 Finanzielle Entwicklung

Seit 1997 wurde der Haushalt gestützt auf eine klare Finanzstrategie erfolgreich saniert: Schuldenabbau um 30 Mio. Franken, Eigenkapitalbildung in Höhe von über 10 Mio. Franken sowie Steuersenkung um einen Zehntel oder 1.8 Mio Franken pro Jahr. Um diesen Erfolg zu erreichen, mussten u.a. die Investitionen stark zurückgebunden werden. Es ist ein grosser Nachholbedarf entstanden. In der vergangenen Legislatur wurde damit begonnen, diesen Nachholbedarf aufzuholen (z.B. Schulanlagen). Und in der laufenden Legislatur stehen weitere für die Stadt wichtige Investitionen an. Es geht beispielsweise um die Neugestaltung des Bahnhofplatzes, die Sanierung des Casinos sowie der Markthalle, Investitionen in die Altstadt oder den Hochwasserschutz.

Die Stadt Burgdorf weist gegenwärtig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt auf. Sie befindet sich aber in einem permanenten Standortwettbewerb mit anderen Städten und Agglomerationen (Bern, Solothurn, Biel, Thun, Langenthal u.a.). Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Stadt mit zielgerichteten und zukunftsweisenden Investitionen in die städtische Infrastruktur (ESP Bahnhof, Altstadt, Markthalle, Casino Hochwasserschutz u.s.w.) für diesen Wettbewerb gerüstet wäre. Nach der deutlichen Ablehnung des Verkaufs einer Minderheitsbeteiligung an der Localnet AG durch das Volk stehen jedoch keine zusätzlichen Mittel für Investitionen zur Verfügung. Da bereits in den vergangenen Jahren ein hoher Investitionsnachholbedarf vorhanden war, musste das Eigenkapital aufgebraucht

werden. Es besteht somit kein finanzieller Spielraum mehr für ausserordentliche Investitionen zugunsten der Stadtentwicklung.

Aus diesem Grunde überarbeitete der Gemeinderat die ursprüngliche Legislaturplanung vom 23. April 2009 und steckte einige Ziele weniger hoch. Zudem müssen die Projekte auf Verzichts- und Einsparungsmöglichkeiten überprüft werden.

Über die oben erwähnten anstehenden Investitionsprojekte entscheidet der Stadtrat i.d.R. unter Vorbehalt des fakultativen Referendums. Da das vorhandene Eigenkapital nicht ausreicht, müsste sich die Stadt von gegenwärtig rund 56 Mio. Franken auf über 100 Mio. Franken neu verschulden.

Die Gemeindeordnung (GO) verlangt in Artikel 54 einen ausgeglichenen Finanzhaushalt. Der Artikel enthält darüber hinaus eine Schuldenbremse. Ein Aufwandüberschuss kann budgetiert werden, wenn er durch Eigenkapital gedeckt ist oder wenn Aussicht auf Deckung besteht. Die Aussicht auf Deckung eines budgetierten Finanzfehlbetrages ist im Finanzplan aufzuzeigen. Eine Deckung muss innert vier Jahren seit der erstmaligen Bilanzierung des Fehlbetrages erreicht werden. Nur mit qualifiziertem Mehr kann der Stadtrat die Frist bis auf maximal 8 Jahre verlängern.

Noch muss kein Finanzfehlbetrag budgetiert werden. Jedoch wird das gemäss Finanzplan, der einen Teil der für die Stadtentwicklung wichtigen Investition berücksichtigt, eventuell schon ab 2011 der Fall sein.

Die 2008 abgeschlossene Verzichtsplanung zeigte auf, dass nur wenig Spielraum für tiefgreifende Sparmassnahmen besteht und der politische Wille für mögliche Verzichte damals fehlte. Solche Verzichte wären jedoch für die hohen anstehenden Investitionen zur Deckung eines Finanzfehlbetrages erforderlich, nachdem das Stimmvolk einen Teilverkauf der Localnet AG ablehnte und auf den Bilanzgewinn von 43 Mio. Franken verzichtete. Deshalb muss eine erneute Überprüfung der geplanten Investitionen sowie der öffentlichen Leistungen der Stadt vorgenommen werden. Erst als letzte Priorität zieht der Gemeinderat eine Steuererhöhung in Betracht. Bei einem längerfristigen Verzicht auf einen grossen Teil der geplanten Investitionen könnten die gesetzten Ziele für die Stadtentwicklung nicht erreicht werden und die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt würde abnehmen.

3 Leitgedanken zur Legislatur 2009 - 2012

Für die Legislatur „Die Stadt im Emmental“ formuliert der Gemeinderat drei Leitgedanken. Sie bezeichnen die Hauptausrichtung der Veränderungsabsichten des Gemeinderats in der laufenden Legislatur.

Leitgedanke 1

Die Stadt Burgdorf setzt sich auf allen Ebenen - Stadt, Agglomeration, Region und Kanton - für eine nachhaltige Entwicklung ein.. Sie intensiviert die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden. Auf städtischer Ebene wird mit einem neuen Leitbild ein zukunftsgerichteter Stadtentwicklungsprozess eingeführt, der den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung entspricht.

Leitgedanke 2

Die Stadt Burgdorf stärkt ihre Position als attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort. Sie fördert und unterstützt sowohl die Entwicklung in den zentralen Innenstadtbereichen (ESP, Altstadt) als auch in den Wohnquartieren und Arbeitszonen. Sie setzt sich für eine verbesserte Verkehrssituation und den schonenden Umgang mit Energie ein.

Leitgedanke 3

Die Stadt Burgdorf hat eine kompetente, kommunikative, kundenorientierte und bürgernahe Organisation (Behörden und Verwaltung), die über Wirkungen und Leistungen steuert.

4 Übersicht Legislaturplan 2009 - 2012

Leitgedanke 1

Die Stadt Burgdorf setzt sich auf allen Ebenen - Stadt, Agglomeration, Region und Kanton - für eine nachhaltige Entwicklung ein. Sie intensiviert die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden. Auf städtischer Ebene wird mit einem neuen Leitbild ein zukunftsgerichteter Stadtentwicklungsprozess eingeführt, der den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung entspricht.

Politische Schwerpunkte	Legislaturziele	Massnahmen	Zeithorizont	Veränderter Ressourcenbedarf ¹	Betroffene Produktgruppen
I. Als Zentrumsstadt im Emmental investiert Burgdorf in zukunftsgerichtete Infrastrukturanlagen, die auch die umliegenden Gemeinden und die Region Emmental stärken	1. Die Stadt engagiert sich - unter Prüfung verschiedener Finanzierungsmodelle - für den Umbau des Casinos und der Markthalle.	1.1 Gewährung von amortisierbaren Darlehen zu Zinskonditionen, wie sie für die Stadt gelten (Neuverschuldung)			
	2. Erste Umsetzungen von Entwicklungsvorhaben im Richtplangebiet ESP Bahnhof (BauD, Bahnen, Private).	2.1 Neuer Busbahnhof mit notwendigen Anpassungen am Bahnhofplatz	2012		Stadtentwicklung Parkplatzfonds
		2.2 Erste private Entwicklungsvorhaben sind umgesetzt	2012		Stadtentwicklung
		2.3 Der Entscheid über die Konzentration der Verwaltung ist gefällt	2010		Dienstleistungen Bereiche
	3. Begonnene Investitionsvorhaben werden erfolgreich abgeschlossen (Kosten, Termine)	3.1 Erweiterung Pestalozzi	2010		Dienstleistungen Bereiche
		3.2 Bau und Betrieb regionales Eissportzentrum	2010		Dienstleistungen Bereiche

¹ Weder im Budget und Finanzplan noch in der MIP (Mittelfristige Investitionsplanung) berücksichtigter Ressourcenbedarf

Politische Schwerpunkte	Legislaturziele	Massnahmen	Zeithorizont	Veränderter Ressourcenbedarf ¹	Betroffene Produktgruppen
II. Der Bildungsstandort ist gestärkt, im Bereich der weiterführenden Schulen insbesondere durch die Konzentration wesentlicher Fachhochschulbereiche in Burgdorf	4. Wesentliche Fachhochschulbereiche sind in Burgdorf verankert	4.1 Das politische Lobbying für den Standort verstärken und in der Region vernetzen	weiterhin		Führungsunterstützung GR Stadtentwicklung Stadtmarketing Bildung
		4.2 Gemeinsam mit Grundeigentümer im ESP Bahnhof Entwicklungspotenzial für die BFH konkretisieren und ausschöpfen	2009	+50'000	Stadtentwicklung
	5. Die Angebote der Berufsschulen/ Kaufmännische Berufe/ Gymnasium werden gesichert und ausgebaut	5.1 Ausbau des Gymnasiums ermöglichen, evtl. Lösung mit BFH und Eigentümern ESP Bahnhof suchen (Entscheidungen fällen)	2010		Dienstleistungen Bereiche Stadtentwicklung
		5.2 Lobbying für Berufsmaturstandort Burgdorf	2010		Bildung Stadtmarketing
	6. Die Betreuungsangebote für Vorschul- und Schulkinder sind attraktiv (Kindertagesstätten, Tageseltern und Tagesschulangebote)	6.1 Vernetzung und gemeinsame Bewerbung/Promotion der Angebote fördern	2012		Schul- und familienergänzende Angebote Stadtmarketing
	7. Die Stadt tritt als starke Partnerin im Bildungsraum Emme auf	7.1 Das zuständige Gemeinderatsmitglied strebt im Verein Bildungsraum Emme (VBE) als Standortvertretung den Einsitz an.	2012		Bildung
	III. Burgdorf ist kulturelles Zentrum der Region	8. Die Kulturfinanzierung ist stadintern und regional (Kulturkonferenz) neu organisiert (nach Wegfall des Billettsteuerfonds)	8.1 In der Region unterstützt die Stadt die Arbeit an einer Regionalen Kulturkonferenz	2011	
9. Für das Schloss gibt es belebende neue Nutzungen		9.1 Aktive und konstruktive Beteiligung der Stadt in der Projektorganisation des Kantons „Idee sucht Schloss“	2009		Führungsunterstützung GR Stadtentwicklung

Politische Schwerpunkte	Legislaturziele	Massnahmen	Zeithorizont	Veränderter Ressourcenbedarf ¹	Betroffene Produktgruppen	
IV. Die Stadt nimmt auch im Dienstleistungsbereich Zentrumsfunktionen wahr und bietet sie an	10. Die Stadt bietet im Rahmen ihres Potenzials anderen Gemeinden und Institutionen Dienstleistungen zu marktgängigen Bedingungen an	<p>10.1 Die Stadt erbringt in folgenden Bereichen Dienstleistungen bzw. bietet sie an:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entsorgung - Bauinspektorat und Gewässerschutz - Infrastrukturanlagen (Sport, Freizeit, Kultur) - Sozialdienste - Informatik - Tagesschul- und Kinderbetreuungsangebote - Offene Jugendarbeit - Schulsozialarbeit - Finanzdienstleistungen 	weiterhin		<p>Entsorgung</p> <p>Baurechtliche Verfahren</p> <p>Dienstleistungen Bereiche</p> <p>Produktgruppen Sozialdirektion</p> <p>Schul- und familienergänzende Angebote</p> <p>Bildung</p>	
	11. Die Stadt bietet sich als Standort an und setzt sich ein für kantonale und regionale Aufgaben	11.1 Trauungslokal in Burgdorf bereit stellen	11.1 Trauungslokal in Burgdorf bereit stellen	2010		Dienstleistungen Bereiche
		11.2 Austragung des eidg. Schwing- und Älplerfestes 2013 unterstützen	11.2 Austragung des eidg. Schwing- und Älplerfestes 2013 unterstützen	2012		(offen)
		11.3 Standort eines regionalen Sozialinspektors	11.3 Standort eines regionalen Sozialinspektors	2010	Lastenausgleich	Existenzsicherung und Integration
		11.4 Standort für Erwachsenen- und Kinderschutz (Sitz professionelle Erwachsenen- und Kinderschutzbehörde)	11.4 Standort für Erwachsenen- und Kinderschutz (Sitz professionelle Erwachsenen- und Kinderschutzbehörde)	z.gg.Zt.		Erwachsenen- und Kinderschutz
		11.5 Regionales Zentrum für besondere Angebote im Volksschulbereich (z.B. Hochbegabtenförderung, Psychomotorik, Deutsch für Migrationskinder)	11.5 Regionales Zentrum für besondere Angebote im Volksschulbereich (z.B. Hochbegabtenförderung, Psychomotorik, Deutsch für Migrationskinder)	2010		Bildung
		11.6 Regionale Energieberatung mit örtlicher Anlaufstelle	11.6 Regionale Energieberatung mit örtlicher Anlaufstelle	2009	+ 8'000 / a LR	Stadtentwicklung
		11.7 Regionalspital Emmental	11.7 Regionalspital Emmental	weiterhin		Führungsunterstützung GR

Leitgedanke 2

Die Stadt Burgdorf stärkt ihre Position als attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort. Sie fördert und unterstützt sowohl die Entwicklung in den zentralen Innenstadtgebieten (ESP, Altstadt) als auch in den Wohnquartieren und Arbeitszonen. Sie setzt sich für eine verbesserte Verkehrssituation und den schonenden Umgang mit Energie ein.

Politische Schwerpunkte	Legislaturziele	Massnahmen	Zeithorizont	Veränderter Ressourcenbedarf	betroffene Produktgruppen
V. Die Stadt wird als wirtschafts- und lebensfreundlicher Ort wahrgenommen, der auch sicher und sauber ist.	12. Die Stadt fördert belebende neue Nutzungen für die Altstadt und Innenstadt und stösst sie an	12.1 Umsetzung des noch zu beschliessenden Massnahmenpakets Altstadt 2009-2012, z.B. Liegenschaftspolitik)	2012		Stadtentwicklung Dienstleistungen Bereiche
		12.2 Die Eigeninitiative von Detailhandel und Gewerbe in der Innenstadt wird finanziell und fachlich unterstützt (Neues Pro Burgdorf)	weiterhin		Stadtmarketing
	13. Die Rahmenbedingungen für eine qualitätsvolle Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung sind geschaffen	13.1 ESP's sind definiert und die rechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung geschaffen	2010	+200'000 IR	Stadtentwicklung
		13.2 Für die wichtigen Entwicklungsgebiete werden anforderungsgerechte und massgeschneiderte Planungsgrundlagen geschaffen	laufend		Stadtentwicklung
		13.3 Das AMP - Areal bleibt als Entwicklungsreserve gesichert (Kontakt zu VBS Aufrecht erhalten); Teilnahme am European-Wettbewerb 2012 gemeinsam mit dem VBS	weiterhin		Stadtentwicklung Stadtmarketing
		13.4 Die Pflege und Betreuung der ansässigen Industrie- und Gewerbebetriebe wird intensiviert	laufend		Stadtmarketing Stadtentwicklung
13.5 Das Wohnortmarketing wird aufgebaut und institutionalisiert	2010		Stadtmarketing Stadtentwicklung		

Politische Schwerpunkte	Legislaturziele	Massnahmen	Zeithorizont	Veränderter Ressourcenbedarf	betroffene Produktgruppen
		13.6 Die bestehenden Entwicklungsziele für 2020 (16'000 Einwohner und 12'000 Arbeitsplätze) werden weiterhin anvisiert	2012		diverse
		13.7 Die Aufwertung des öffentlichen Raumes hat bei allen baulichen Massnahmen ein hohes Gewicht	laufend		Stadtentwicklung Aussenraum und Landschaft Verkehrsinfrastruktur
		13.8 Die Stadt nutzt die Nähe zur Agglomeration Bern und pflegt die Synergien	laufend		diverse
	14. Die Stadt verfügt über ein flexibles Finanzierungsinstrument für eine aktive Boden- und Liegenschaftspolitik	14.1 Ein neues Reglement definiert Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen und ordnet die Finanzierung	2010		Dienstleistungen Bereiche
	15. Das Stadtgebiet ist vor Hochwasser besser geschützt	15.1 Hochwasserschutz Emme / Typensteg wird verbessert	2010		Aussenraum und Landschaft Verkehrsinfrastruktur
		15.2 Die Naturgefahrenkarte wird in Bezug auf die Überflutungsrisiken der Emme ergänzt und aktualisiert	2011	+30'000 LR	Aussenraum und Landschaft
	16. Die Stadt verfügt über eine zeitgemässe Ortspolizeiregelung	16.1 In der Burgdorfer Innenstadt sollen die verschiedenen Bedürfnisse von Jung und Alt (aber auch von Randständigen) nebeneinander Platz haben. Der Umgang miteinander ist von gegenseitiger Rücksichtnahme, von Respekt und Toleranz geprägt	2010		Sicherheit und Bevölkerungsschutz Existenzsicherung und Integration
		16.2 Institutionalisierung und Ausbau des Projektes Sicherheit/Gewaltprävention	z.gg.Zt.		Sicherheit und Bevölkerungsschutz Existenzsicherung und Integration Freizeit

Politische Schwerpunkte	Legislaturziele	Massnahmen	Zeithorizont	Veränderter Ressourcenbedarf	betroffene Produktgruppen
	17. Mit einem eigenen Ordnungsdienst nimmt die Stadt Gemeindepolizeiaufgaben wahr und unterstützt die Kantonspolizei bei der Erfüllung der an sie übertragenen Polizeiaufgaben (Police Bern)	17.1 Aufbau des Ordnungsdienstes aus Mitarbeitern der ehemaligen der Stadtpolizei	2010		Sicherheit und Bevölkerungsschutz
VI. Burgdorf nimmt in den Bereichen Energie und Mobilität eine Vorbildfunktion ein	18. Der Binnen-, der Ziel- und Quellsowie der Durchgangsverkehr sind für alle Verkehrsarten auf Stadtgebiet optimiert	18.1 Die Ortsumfahrung ist als Nationalstrasse im kantonalen Strassenplan aufgenommen	2012		Stadtentwicklung Verkehrsinfrastruktur
		18.2 Die Aufhebung der Niveauübergänge wird an die Hand genommen (kantonales Strassenbauprogramm)	2012		Verkehrsinfrastruktur Stadtentwicklung
		18.3 Die Sanierung der (kantonalen) Ortsdurchfahrt wird durch die Stadt eng begleitet und unterstützt	laufend		Verkehrsinfrastruktur Stadtentwicklung
	19. Die Stadt verfügt über vorbildliche Strategien für Energie und Mobilität sowie über einen Energierichtplan	19.1 Neue Energiestrategie entwickeln	2009	+50'000 IR	Stadtentwicklung
		19.2 Energierichtplan ausarbeiten	2011	+150'000 IR	Stadtentwicklung
		19.3 Mobilitätsstrategie überarbeiten	2010	+70'000 IR	Stadtentwicklung
VII. Die Stadt betreibt eine integrative Familien- und Gesellschaftspolitik	20. Die Stadt fördert die Gemeinwesenarbeit	20.1 Die interdisziplinäre und partizipative Quartierentwicklung im Gyrischachen wird zusammen mit anderen Partnern (v.a. Kirchgemeinde und Quartierverein) gefördert	laufend		Existenzsicherung und Integration Stadtentwicklung
		21. Burgdorf ist ein guter Ort für junge Menschen	21.1 Umsetzen des bestehenden Jugendleitbilds; Einrichten des seit Jahrzehnten geforderten Jugend-, Kultur und Begegnungszentrums	2012	
		21.2 Erschliessung und Nutzbarmachung neuer Kulturräume für Jugendanlässe	laufend		Freizeit

Leitgedanke 3

Die Stadt Burgdorf hat eine kompetente, kommunikative, kundenorientierte und bürgernahe Organisation (Behörden und Verwaltung), die über Wirkungen und Leistungen steuert.

Politische Schwerpunkte	Legislaturziele	Massnahmen	Zeithorizont	Veränderter Ressourcenbedarf	betroffene Produktgruppen
VIII. Wirkungsvolle Steuerung (Organisationsentwicklung)	22. Die Stadt verfügt über ein gut abgestütztes Leitbild für ihre nachhaltige Entwicklung (2010) Stadt	22.1 Wiederaufnahme und Abschluss des Leitbildprozesses unter Einbezug interessierter Kreise sowie der Gemeinden der Agglomeration	2011		Führungsunterstützung GR Stadtentwicklung
	23. Organisation Behörden: Der Gemeinderat ist als politisches Führungsorgan der Gemeinde optimal organisiert und das Wahlverfahren bietet die Voraussetzungen für die Selektion von geeigneten Personen (Gemeinderatsreform)	23.1 Vorbereitung von Reformmodellen durch die Kommission Gemeinderatsreform z.H. Stadtrat	2011		Führungsunterstützung GR
		23.2 Die Verwaltungsorganisation ist an die Führungsorganisation im Gemeinderat (Gemeinderatsreform) angepasst	2012		Führungsunterstützung GR
	24. Mit geeigneten Marketinginstrumenten wird die Stadt wirkungsvoll präsentiert	24.1 Stadtmarketing als Supportdienstleistung in der Verwaltung verankern und mit externen Dienstleistern vernetzen	2009		Stadtmarketing
		24.2 Erfüllbare Zielvorgaben machen	2009		Führungsunterstützung GR
		24.3 Kommunikation durch neues städtisches Informationsgefäss neben dem Internet verbessern	2011		Stadtmarketing

Politische Schwerpunkte	Legislaturziele	Massnahmen	Zeithorizont	Veränderter Ressourcenbedarf	betroffene Produktgruppen
	25. Stadt als Arbeitgeberin: Als Arbeitgeberin bietet die Stadt konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen und fördert die Arbeitsmarktfähigkeit ihres Personals	25.1 Die Personalvorsorge auf eine für alle Betroffenen langfristig tragbare Basis stellen und faire Besitzstandsmassnahmen treffen	2011		Führungsunterstützung GR Dienstleistungen Personal
		25.2 Durch Weiterbildungsangebote die Leistungsfähigkeit und Arbeitsmarktfähigkeit der Mitarbeitenden erhalten und die Gesundheit am Arbeitsplatz fördern	laufend		Dienstleistungen Personal
		25.3 Eine angemessenen leistungsabhängige Lohnentwicklung gewährleisten, die Kaufkraft erhalten	laufend		Führungsunterstützung GR Dienstleistungen Personal
IX. Der Finanzhaushalt bleibt ausgeglichen	26. Für die Stadt als Zentrum im Emmental wichtige Investitionen werden nur getätigt, soweit sie über ausserordentliche oder ordentliche Einnahmen finanziert werden können	26.1 Beim Ausbleiben ausserordentlicher Einnahmen auf Investitionsvorhaben verzichten, Leistungen abbauen und eine moderate Steuererhöhung prüfen, bis eine Eigenkapitalbasis von mindestens einem Steuerzehntel vorhanden ist	laufend		Führungsunterstützung GR Dienstleistungen Bereiche
		26.2 Eine moderate Steuersenkung prüfen, wenn der jeweilige Finanzplan bis Ende Legislatur eine Eigenkapitalbasis von mindestens drei Steuerzehnteln (6 Mio) ausweist	2012		Führungsunterstützung GR Dienstleistungen Bereiche
		26.3 Das Gebührenrecht der Stadt wird revidiert und vereinheitlicht	2010		Führungsunterstützung GR

5 Erklärungen zum Steuerungsinstrument und zum Planungsprozess

5.1 Legislaturplanung

Im Rahmen der Legislaturplanung wird das politische Programm für die kommende Legislatur erarbeitet. Die Legislaturplanung bildet die politischen Schwerpunkte ab, in welchen der Gemeinderat Veränderungen oder politische Vorhaben umsetzen möchte. Sie soll zudem das Parlament und die Bevölkerung über die beabsichtigte politische Stossrichtung des Gemeinderats in der bevorstehenden Amtsdauer informieren. Wie der Voranschlag und Aufgaben-/Finanzplan (VA/AFP) weist auch der Legislaturplan eine vierjährige Planungsperiode auf und beinhaltet strategische Ziele. Die Legislaturplanung verfolgt von der Idee her jedoch andere Absichten:

- *Gesamtsicht:* Im Legislaturplan entwickelt der Gemeinderat eine gemeinsame Gesamtsicht der künftigen Entwicklungen. Er ist deshalb der gemeinsame Nenner der Entwicklungsabsichten und veranschaulicht so die Sicht des Führungsorgans Gemeinderat.
- *Festlegung von Entwicklungsschwerpunkten:* Der VA/AFP beschreibt alle kommunalen Aufgaben in Produktgruppen und Produkten und legt den „Standard“ der Leistungserbringung aus betrieblicher und politischer Sicht fest („flächendeckend“, 100%-Sicht). Demgegenüber ermöglicht die Legislaturplanung eine Prioritätensetzung aus einer rein politischen Optik und legt damit punktuelle Entwicklungsabsichten fest (Delta-Sicht). Sie ist das Hilfsmittel, welches die Inhalte des VA/AFP in regelmässigen Abständen auf neue politische Schwerpunkte ausrichtet.

- *Vierjahresoptik:* In der Legislaturplanung kann sich der Gemeinderat für seine Amtsdauer Schwerpunktziele setzen und am Ende der Wahlperiode darüber Rechenschaft ablegen. Anhand des Legislaturplans kann die Wirksamkeit und Zuverlässigkeit des politischen Handelns besser beurteilt werden als am VA/AFP, der jährlich rollend angepasst wird.
- *Freier Inhalt:* Der Inhalt der Legislaturplanung ist nicht fest an die Aufgabenstruktur der Produktgruppen gebunden. Es können sowohl Ziele zu ganzen Aufgabenfeldern oder auch nur zu Teilaufgaben formuliert werden. Auch übergreifende Themen können Gegenstand von Zielsetzungen in der Legislaturplanung werden.
- *Verständlichkeit für die Bevölkerung:* Punktuelle Entwicklungsschwerpunkte können besser kommuniziert und von der Bevölkerung verstanden werden als die Inhalte des umfassenden AFP.

5.2 Planungs- und Budgetierungsprozess

Um die oben beschriebene integrale Betrachtungsweise des neuen Führungsprozesses zu gewährleisten und die Entwicklungsabsichten der Stadt mit der Wirkungs-, Leistungs- und Kostenoptik zu verknüpfen, ist ein klar strukturierter Planungsprozess erforderlich. Er gewährleistet das Zusammenspiel der Steuerungsinstrumente. Der jährlich wiederkehrende Ablauf soll in vier Phasen stattfinden:

1. *Strategieklausur:* Anfangs April beurteilt der Gemeinderat die Situation anhand aller vorhandenen Dokumente (Leitbilder, alter VA/AFP, Geschäftsberichte, Parlamentserklärungen, Vorstösse, Ergebnisprüfung durch die Geschäftsprüfungskommission u.a.) sowie der Veränderungen im Umfeld (wirtschaftliche Entwicklung, Bund, Kanton, Region

etc.). Daraufhin definiert er seine Absichten und Veränderungen für jede Produktgruppe (Wirkungen, Leistungen, Kosten, einzelne Massnahmen). Dann legt er die Rahmenbedingungen wie Steueranlage, Saldo laufende Rechnung und Investitionsrechnung oder Teuerungsausgleich und Lohnaufstieg als Planungsvorgabe fest. Er beauftragt die Direktionen, für die Entscheidklausur in der Strategietabelle aufzuzeigen, wie sich die Absichten des Gemeinderats und andere Einflüsse auf die Produktgruppen auswirken.

2. *Entscheidklausur*: Der Gemeinderat überprüft Mitte Mai seine Situationsbeurteilung anhand der Eingaben der Direktionen und entscheidet über die Absichten und Vorgaben für das Budget. Er legt die Rahmenbedingungen definitiv fest und erteilt den Direktionen den Auftrag, den VA/AFP zu erstellen.
3. *Budgetklausur 1*: Im August diskutiert der Gemeinderat den ersten Entwurf zum VA/AFP und legt seine Grundsatzentscheide sowie nötige, durch die Direktionen vorzunehmenden Korrekturen und Anpassungen fest.
4. *Budgetklausur 2*: Ende September diskutiert der Gemeinderat den zweiten Entwurf zum VA/AFP und verabschiedet ihn zuhanden des Stadtrats.

Jeweils zu Beginn einer neuen Legislatur, d.h. alle vier Jahre, erarbeitet der Gemeinderat den *Legislaturplan* neu. Damit beginnt er vor der Strategieklausur, und der Prozess dauert bis zur Entscheidklausur. Die Inhalte werden fortlaufend in den ordentlichen Planungsprozess von VA/AFP eingebaut. Hauptinhalt der Legislaturplanung sind die Legislaturziele. Um die verschiedenen strategischen Zielebenen gut miteinander zu verbinden, sind folgende Strukturelemente der Legislaturplanung zu unterscheiden:

- *Leitgedanken der Legislatur*: Sie bezeichnen die Hauptausrichtung der Veränderungsabsichten des Gemeinderats und können auch schlagwortartig formuliert werden. Sie sollten aber im Sinne von Schwerpunkten gehaltvoll sein, da aus ihnen Legislaturthemen abgeleitet werden.
- *Politische Schwerpunkte*: Sie beschreiben, welche Themen bearbeitet werden müssen, um die Leitgedanken zu erfüllen. Auf sie werden die Legislaturziele ausgerichtet.
- *Legislaturziele*: In ausformulierten Sätzen beschreiben die Legislaturziele, welche Zustände in der Legislatur angestrebt werden.
- *Massnahmen zu den Legislaturzielen*: Sie zeigen auf, wie ein Legislaturziel erreicht werden soll.

Eine Tabelle (siehe Abschnitt 4) unterstützt die Entwicklung der Legislaturplanung im Gemeinderat und in der Verwaltung.

Erst durch die konsequente Verknüpfung der Ziele mit Massnahmen, Ressourcen und Zeitverhältnissen entsteht eine *Legislaturplanung*.

DER GEMEINDERAT VON BURGDORF
Stadtpräsidentin Elisabeth Zäch
Stadtschreiber Roman Schenk

22. Juni 2009/RS